

peace brigades international

pbi Rundbrief

Winter 2015/16



In dieser Ausgabe

ISSN 1619-2621

Interview mit Sabine Günther, der neuen Koordinatorin des Keniaprojekts

Bericht: Die schwierige Rückkehr der afrokolumbianischen Gemeinden auf ihr Land

pbi
making space for peace



Liebe_r Leser_in,

seit mehr als 40 Jahren leiden die Menschen in Kolumbien unter dem internen bewaffneten Konflikt zwischen den kolumbianischen Streitkräften, paramilitärischen Gruppen und verschiedenen Guerillabewegungen. Auch die seit 2012 zwischen der Guerillabewegung FARC und der Regierung stattfindenden Friedensverhandlungen haben daran wenig geändert. Die Menschenrechtssituation ist in vielen Regionen des Landes weiterhin alarmierend. Darunter leidet in erster Linie die ländliche Bevölkerung, die sich weigert, Allianzen mit Guerilla, Militär oder Paramilitärs einzugehen. Zudem wird sie von Drogenkartellen und transnational agierenden Konzernen, zum Beispiel aus dem Bergbausektor oder der Agrarwirtschaft, von ihrem Land vertrieben. Anne Berentsen schreibt in ihrem Bericht über die Bedrohung und Verfolgung, die die Mitglieder einer Gemeinde in Curbaradó, im Nordwesten Kolumbiens, erfahren haben (ab Seite 10).

Sabine Günther war lange Zeit in der Geschäftsstelle in Hamburg tätig und ist

seit Oktober 2015 die neue Koordinatorin des pbi-Keniaprojekts. In einem Interview gibt sie einen Einblick in die ersten zwei Jahre des Keniaprojekts und spricht über die Herausforderungen, die in Zukunft anstehen. Mit ihr sprach unsere Praktikantin Magdalena Krakau (ab Seite 4).

Des Weiteren erfahren Sie in einer kleinen Reportage mehr darüber, was es heißt, für pbi in der Geschäftsstelle zu arbeiten oder sich für pbi ehrenamtlich zu engagieren (ab Seite 8).

Zu guter Letzt möchten wir Sie auf unsere neue Schreibweise hinweisen. Wir benutzen von nun an die „Gender_Leerstelle“, auch „Gender Gap“ genannt. Hierdurch wollen wir einen Raum für Geschlechtsidentitäten öffnen und markieren, die sich im zweigeschlechtlichen Bezugssystem nicht wieder finden.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Für die Rundbriefredaktion

Alexander Weber

Minengegner_innen geben nicht auf

► **Schon seit mehreren Jahren wehren sich die von pbi begleiteten „Gemeinden im gewaltfreien Widerstand von La Puya“ gegen das Vorgehen des Bergbauunternehmens Exmingua.** Sie befürchten eine mögliche Verknappung des Grundwassers und Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch Arsen und andere Gifte, die beim Goldabbau freigesetzt werden. Trotz dieser Gefahren hatte die guatemaltekische Regierung Exmingua, Tochterunternehmen der US-amerikanischen Firma Kappes, Cassidy & Associates, Ende 2011 die Genehmigung zur Erschließung der Goldvorkommen bei La Puya erteilt.

Ein guatemaltekisches Berufungsgericht urteilte nun, dass die Gemeinderegierung dafür sorgen müsse, dass alle Bauvorhaben eingestellt werden und eine Wiederaufnahme der Baumaßnahmen

nur möglich sei, wenn eine ordnungsgemäße Gemeindekonsultation abgehalten worden ist. Wenige Tage nach dem Urteil fuhren nach Angaben der Widerstandsbewegung jedoch schon wieder Lastwagen mit Baumaterialien auf das Gelände.

Kappes, Cassidy & Associates gab bekannt, dass das Urteil ihrer Meinung nach nicht vollstreckbar sei, da die Baumaßnahmen abgeschlossen sind und sie bereits mit der Arbeit in der Mine begonnen hätten. Nach Stellungnahmen von Mitgliedern der Widerstandsbewegung bewachten in der Folgezeit Spezialeinheiten der Polizei das Areal der Mine und haben einige von ihnen bedroht und in Gewahrsam genommen. Trotz der Einschüchterungsversuche halten die Gemeinden eine friedliche Präsenz am Eingang zum Minengelände aufrecht.

Menschenrechtsverteidiger_innen aus Nepal besuchen das pbi-Indonesienprojekt

► **Aktivist_innen des NepalMonitor haben sich im Oktober mit Menschenrechtsverteidiger_innen aus Indonesien getroffen.** An dem Treffen teilgenommen haben auch Mitarbeitende von pbi aus Nepal und Indonesien.

Die Aktivist_innen des NepalMonitor, einer Initiative zur Konflikt-Prävention, haben sich bei ihrem Besuch mit Mitarbeiter_innen des indonesischen Institut Titian Perdamaian (Institut für Friedensbildung) über ein lokales zivilgesellschaftliches Konflikt-Frühwarnsystem ausgetauscht. Das Frühwarnsystem auf der Insel Ambon beobachtet verschiedene Konfliktindikatoren auf Dorf-Ebene. Der

Besuch diente auch dazu, neue Ideen für das Konflikt-Frühwarnsystem zu sammeln, welches die Aktivist_innen des NepalMonitor aufbauen.

Der NepalMonitor wird von der nepalesischen Collective Campaign for Peace (COCAP) betrieben und von pbi unterstützt. NepalMonitor sammelt Berichte aus Medien, von anderen Organisationen und Einzelpersonen, stellt sie auf einer Karte dar und teilt diese Informationen mit Aktivist_innen. Die Mitglieder von COCAP konnten sich bei einem Gespräch mit pbi Indonesien zudem über die Arbeit von pbi und unserer Partnerorganisation Elsam in Indonesien informieren.



»Muslimische Organisationen werden oft unter Generalverdacht gestellt«

Sabine Günther war lange Zeit in der Geschäftsstelle von pbi in Hamburg tätig, seit Oktober 2015 ist sie Koordinatorin des Keniaprojekts. In einem Interview spricht sie über die Anfänge der Arbeit dort und über die Herausforderungen, die in Zukunft für das Projekt anstehen. Mit ihr sprach Magdalena Krakau, Praktikantin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit von pbi Deutschland.

► **pbi:** Nach über sieben Jahren wechselst du von der Hamburger Geschäftsstelle von pbi in die Arbeit im Projekt in Kenia. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

► **Sabine:** Bei pbi Deutschland war ich für die Begleitung der internationalen Projekte in Lateinamerika, Asien und seit 2013 auch Kenia zuständig – eine anspruchsvolle Aufgabe mit viel Gestaltungsmöglichkeit. Dies umso mehr, da man bei einer Basisorganisation wie pbi immer die Möglichkeit hat, sich über den eigenen Arbeitsbereich hinaus in einer Vielzahl anderer Prozesse einzubringen und diese aktiv mitzugestalten. Allerdings ist die Arbeit in der deutschen Geschäftsstelle bei pbi primär auf Unterstützung und nicht die eigentliche Gestaltung der Projekte vor Ort ausgerichtet. Von 2013 auf 2014 nahm ich eine „Pause“ von der Büroarbeit und half neun Monate als internationale Freiwillige beim Projektaufbau des pbi Keniaprojekts vor Ort. Danach war für mich klar, dass ich dauerhaft näher dran sein möchte am Geschehen im Projekt und an der Arbeit von Menschenrechtsaktivist_innen.

► **pbi:** Das Projekt in Kenia gehört zu den jüngsten von pbi – es wurde erst vor wenigen Jahren ins Leben gerufen. Wie hat es sich seitdem entwickelt?

► **Sabine:** Im Herbst 2011 startete pbi eine Erkundung in Kenia. Es wurden zahlreiche Kontakte zu kenianischen Organisationen in unterschiedlichen Teilen des Landes geknüpft und es fanden Treffen mit Vertreter_innen kenianischer Behörden und der internationalen Gemeinschaft statt. Die Reaktionen auf das Begleitkonzept von pbi waren überwiegend positiv und der Zeitpunkt der bevorstehenden Wahlen 2012/13 schien geeignet, um die Begleit-

arbeit in Kenia aufzunehmen. Seit Januar 2013 ist pbi Kenia mit einem kleinen Team internationaler Beobachter_innen von der Hauptstadt Nairobi aus tätig. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass die Herausforderungen in Ostafrika sich nicht immer mit der von pbi vor allem in Lateinamerika entwickelten und erprobten Vorgehensweise meistern ließen. Entsprechend lag der Schwerpunkt in den ersten zwei Jahren darauf, sich mit dem politischen Kontext genauer vertraut zu machen, Kontakte zu den unterschiedlichen Akteuren aufzubauen und das Begleitkonzept von pbi bekannter zu machen.

pbi ist oft erster Ansprechpartner für Grassroots-Aktivist_innen

pbi begann bald, Grassroots-Aktivist_innen, die aufgrund ihrer Arbeit Drohungen ausgesetzt waren, mit renommierten Menschenrechtsorganisationen und -netzwerken zusammenzubringen. Dadurch fand die Arbeit dieser Aktivist_innen mehr Aufmerksamkeit und sie konnten von besseren Schutzmaßnahmen profitieren. Dass dies funktionierte, lag nicht zuletzt daran, dass pbi oft einer der ersten Ansprechpartner für Grassroots-Aktivist_innen ist, die pbis ständige Erreichbarkeit und Bereitschaft, sie bei ihrer Arbeit zu begleiten, zu schätzen wissen.

► **pbi:** Zu welchen Themen arbeiten die begleiteten Menschenrechtsverteidiger_innen?

► **Sabine:** Die von pbi Kenia begleiteten Menschenrechtsverteidiger_innen arbeiten vor allem in Mathare, einem der größten Slums in Nairobi. So zum Beispiel Bunge la Mwananchi, ein nationales Netzwerk von Aktivist_innen, die gesell-

schaftlich relevante Themen in öffentlichen Diskussionsforen aufgreifen und mit kreativen Aktionen auf die Straße gehen. Sie sprechen sich für gute Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und soziale Gerechtigkeit aus. Außerdem prangern die allgegenwärtige Gewalt von Sicherheitskräften an und fordern die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Bürgerrechte.

Bunge la Wamama setzt sich für Frauenrechte ein

Unter dem Namen Bunge la Wamama haben sich die Frauen noch mal gesondert organisiert, um einen sicheren Raum von Frauen für Frauen zu schaffen. Sie setzen sich für eine Verbesserung der sanitären Bedingungen in den Slums sowie für reproduktive Gesundheit und Rechte ein. Dabei geht es unter anderem um Schutz vor Geschlechtskrankheiten und das Recht am eigenen Körper. In Get-to Green finden sich Jugendliche und junge Erwachsene zusammen, die gemeinsam Projekte zur ökonomischen Selbsthilfe wie zum Beispiel Abfallkollekten realisieren. Durch den Verkauf gesammelter Werkstoffe erwirtschaften sie sich eine Existenzgrundlage.

► **pbi: Terrorismusbekämpfung ist eine Priorität der kenianischen Regierung. Wie wirkt sich dies auf Menschenrechtsverteidiger_innen aus?**

► **Sabine:** Die islamistische Terrororganisation Al-Shabab, die ihre Wurzeln in Somalia hat, ist mittlerweile auch in anderen Teilen Ostafrikas aktiv. In den vergangenen Jahren war Kenia vermehrt Ziel terroristischer Anschläge von Al-Shabab, denen unzählige Zivilist_innen zum Opfer

gefallen sind. Immer wieder kam es dabei ganz gezielt zu Angriffen gegen Christ_innen wie im Falle des Massakers an der Universität in Garissa, bei dem knapp 150 Studierende starben. Entsprechend aufgeladen ist die gesellschaftliche Stimmung gegenüber der muslimischen Bevölkerung in Kenia. Leider gibt es daher immer wieder Maßnahmen von Staat und Medien, die muslimische Menschenrechtsorganisationen unter Generalverdacht stellen. Ein Beispiel dafür ist der Fall zweier renommierter Menschenrechtsorganisationen aus Mombasa, die auf einen Anfang dieses Jahres erlassene „Terrorliste“ aufgeführt werden. Zudem werden im Namen der Terrorismusbekämpfung auch immer wieder Menschenrechtsverletzungen von Sicherheitskräften gegen Muslime begangen. Die kenianische Regierung steht derzeit vor der schwierigen Aufgabe, das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Sicherheitspolitik wieder zu stärken und dabei die Menschenrechte zu achten.

500 NGOs wurde Ende letzten Jahres die Zulassung entzogen

► **pbi: Wie verhält es sich mit dem rechtlichen Spielraum für Menschenrechtsorganisationen in Kenia?**

► **Sabine:** Die neue Regierung unter Präsident Kenyatta und Vizepräsident Ruto hat seit Amtsaufnahme immer wieder Schritte zur Schwächung der Zivilgesellschaft unternommen. Ende letzten Jahres wurde 500 Nichtregierungsorganisationen die Zulassung entzogen. Die Regierung nahm Gesetzesänderungen vor, die die Presse- und Versammlungsfreiheit einschränken und die Sicherheitsgesetze verschärfen. Parallel ist eine zunehmende



Von pbi begleitete Menschenrechtsverteidiger_innen bei einer Veranstaltung in Mathare

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger_innen feststellbar: Aktivist_innen werden eingeschüchtert und mit juristischen Verfahren überzogen, in der Folge von Festnahmen bei friedlichen Versammlungen und Demonstrationen werden immer höhere Kauttionen verhängt. Kurz gesagt: Der Preis, sich aktiv für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen, wird in die Höhe getrieben und für viele Aktivist_innen unerschwinglich. In Anbetracht dieser Entwicklung ist die Anwesenheit von pbi in den kommenden Jahren sicherlich dringend notwendig.

Der Preis, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, wird in die Höhe getrieben

- ▶ **pbi:** Was sind die nächsten Schritte in der Entwicklung des Projekts?
- ▶ **Sabine:** Meiner Einschätzung nach steht das Projekt gerade an einem wichtigen Punkt. Es wird in Zukunft darum

gehen, das Projekt in seiner bisherigen Form zu festigen und zu überlegen, ob sich die Erfahrungen aus Nairobi auch auf andere Teile des Landes übertragen lassen. Außerdem sammeln wir gerade erste Erfahrungen mit der Durchführung von Menschenrechtstrainings für Staatsanwält_innen. Dafür arbeiten wir mit der britischen Ländergruppe von pbi und der Alliance for Lawyers at Risk zusammen.

- ▶ **pbi:** Und was wird deine Rolle sein?
- ▶ **Sabine:** Ich werde für die kommenden zwei Jahre die Stelle als Koordinatorin des Keniaprojekts übernehmen und freue mich schon darauf, gemeinsam mit einem kleinen Team ein noch junges Projekt aktiv mitzugestalten. Ich möchte mit meinem Beitrag bewirken, dass kenianische Menschenrechtsverteidiger_innen auch in Zukunft den Raum haben, gesellschaftliche und politische Missstände aufzuzeigen und mit gewaltfreien Mitteln auf deren Überwindung hinzuarbeiten.

Ein Tag in der pbi-Geschäftsstelle in Hamburg

Der Ehrenamtliche Alexander Weber hat das Team der Geschäftsstelle in Hamburg-Altona einen Tag begleitet und schildert in einer kleinen Reportage, was er erlebt hat.

Montag, 10 Uhr in der Geschäftsstelle von pbi in Hamburg-Altona. Heute ist besonders viel los: Ehrenamtliche aus ganz Deutschland haben ihren Weg nach Hamburg gefunden.

Da ist zum Beispiel Michaela Stempling, eine langjährige Unterstützerin von pbi und ehrenamtliche Koordinatorin der Webredaktion, die aus München angereist ist. Sie ist unter anderem gekommen, um die Gestaltung der neuen Website mit dem Team aus der Öffentlichkeitsarbeit und weiteren Ehrenamtlichen zu besprechen. Aus Platzgründen sitzen wir in der Küche. An dem großen Konferenztisch interviewt nämlich gerade ein TV-Team aus Frankreich den kolumbianischen Menschenrechtsverteidiger und Autor Erik Arellana Bautista. Er lebt seit Juni 2014 als Stipendiat der Schriftstellervereinigung PEN in Hamburg und arbeitet mit dem pbi-Bildungsprojekt zusammen. Das TV-Team interviewt ihn im Rahmen einer Dokumentation für den kolumbianischen Sender „Canal Capital“ über Kolumbianer_innen im Exil.

Es ist Mittag. Gabriele Goschke, eine pensionierte Fotografin, die pbi öfter ehrenamtlich unterstützt, schaut im pbi-Büro vorbei, um während der Mittagspause neue Fotos von den Mitarbeiter_innen der Geschäftsstelle zu machen. Denn ge-

rade in diesem Jahr sind viele neue Gesichter zu pbi Deutschland hinzugekommen.

Gerade in diesem Jahr sind viele neue Gesichter zu pbi Deutschland hinzugekommen

Schon lange dabei ist Heike Kammer. Sie war in mehreren pbi-Projekten in Lateinamerika als Freiwillige und ist seit Jahren mit ihrem „Puppentheater des Friedens“ für das pbi-Bildungsprojekt in ganz Deutschland unterwegs. Heute schaut sie mal wieder in Hamburg-Altona vorbei und macht den Kolleg_innen mit einem selbst zubereiteten Mittagessen eine Freude. Die Ehrenamtlichen und Mitarbeiter_innen gehen zusammen in den Hinterhof, um dort das Essen in der Sonne zu genießen. Bei dem Essen erzählt die Ehrenamtliche Maren Enders von ihrer Kommunen-Rundreise durch Spanien. Maren ist eine ehemalige Freiwillige aus dem pbi-Guatemalaprojekt und nun schon seit mehreren Jahren ehrenamtlich für pbi von Berlin aus tätig, so auch in der Koordinierungs-Gruppe (Ko-Gruppe) von pbi Deutschland.

Nach dem Mittagessen trifft sich dann die Ko-Gruppe. Diese vertritt die Basis von pbi Deutschland und trifft in Absprache mit dem Büroteam alle weitreichenden



Die Mitarbeiter_innen der Geschäftsstelle mit Alexander Weber (1.v.R.)

Entscheidungen. Gesprochen wird bei dem Treffen unter anderem über die weitere strategische Ausrichtung einiger Arbeitsbereiche und den Stand der Einarbeitung der neuen Mitarbeiter_innen.

Am Nachmittag findet zudem das Team der Öffentlichkeitsarbeit zur Rundbrief-Redaktion zusammen. Da der Rundbrief zweimal jährlich herauskommt und sehr arbeitsintensiv ist, sind die Redaktionstreffen eines der regelmäßigsten Treffen bei pbi Deutschland. Auch das pbi-Bildungsprojekt hat viel vor. Die neuen Mitarbeiterinnen Gundela Thies und Sarah Fritsch planen bereits die ersten Veranstaltungen und besprechen die Finanzplanung für das nächste Jahr.

Mittlerweile ist es 17 Uhr. Das den ganzen Tag über volle Büro wird so langsam leerer und ein ereignis- und arbeitsreicher Tag in der pbi-Geschäftsstelle geht dem

Ende entgegen. Und auch die nächsten Wochen und Monate werden sich die pbi-Mitarbeiter_innen und Ehrenamtlichen mit dem gleichen Elan für Menschenrechte einsetzen. Vielleicht gehören Sie demnächst auch dazu.

Engagement in Deutschland

Auch Sie können pbi unterstützen, indem Sie sich ehrenamtlich in einer der pbi-Arbeitsgruppen/Regionalgruppen engagieren oder in der pbi-Geschäftsstelle in Hamburg mitarbeiten.

Für weitere Informationen melden Sie sich unter 040 / 38 90 437-0 oder info@pbi-deutschland.de



Afrokolumbianische Gemeinden wehren sich gegen Vertreibung

Trotz der laufenden Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla ist die Menschenrechtssituation in vielen Regionen Kolumbiens weiterhin alarmierend. Das spüren auch die afrokolumbianischen Gemeinden im Gebiet des Flusses Curbaradó. Sie sind auf ihre Ländereien zurückgekehrt, von denen sie einst von Militärs und Paramilitärs vertrieben wurden. Agrarunternehmen besetzen illegal große Teile ihres Landes. Die Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden unterstützt die Gemeinden im Kampf um ihr Land und wird dabei von pbi begleitet.

Die erste Morddrohung erhielt Yomaira Mendoza kurz nachdem sie bei der Staatsanwaltschaft Zeugnis über die Ermordung ihres Ehemannes und die illegalen Aktivitäten der Großunternehmen in ihrer Region ablegte. Das war im Januar 2014. Die Drohungen gegen die Sprecherin der afrokolumbianischen Gemeinde sollten mit der Zeit in Anzahl und Grausamkeit zunehmen. Eine der Textnachrichten, die sie bekam, lautete: „Kämpfe um dein Land – es wird mehr als genug davon geben, um dich darunter zu begraben.“ Es blieb ihr keine andere Wahl, als aus der Region zu fliehen.

Ähnlich ging es Enrique Cabezas, einem weiteren Gemeindeglieder aus Curbaradó, der die Verbindungen zwischen Paramilitärs und Sicherheitskräften in der Region angeprangert und die Errichtung eines Militärstützpunktes auf den kollektiven Ländereien der Gemeinden heftig kritisiert hatte. Enrique Cabezas war schon seit längerer Zeit Morddrohungen ausgesetzt, als am 20. Mai 2014 eine Gruppe bewaffneter Männer in sein Haus einbrach mit dem Ziel, ihn zu ermorden. Ihm gelang im letzten Augenblick die Flucht und zusammen mit Yomaira Mendoza suchte er Unterschlupf in der Hauptstadt.

Aber auch in Bogotá waren die beiden nicht sicher, ihre Verstecke wurden überwacht und es gab mindestens einen Versuch von bewaffneten Personen, dort einzudringen. Noch im August 2014 mussten die beiden Menschenrechtsverteidiger_innen Kolumbien verlassen. Seitdem leben sie im Exil in Europa, die ersten sechs Monate im Schutzprogramm der EU, jetzt durch Amnesty International unterstützt. Im letzten Sommer berichteten sie während einer Besuchsreise durch mehrere

europäische Länder über das Schicksal ihrer Gemeinde und die Situation in ihrem Land.

Die ansässige Bevölkerung wurde von Militärs und Paramilitärs gewaltsam vertrieben

Das Flussbecken des Curbaradó im Nordwesten Kolumbiens bestand einst flächendeckend aus tropischem Regenwald und zählte zu einer der schönsten, fruchtbarsten und vielfältigsten Regionen des Landes. Traditionell lebten dort sowohl indigene als auch afrokolumbianische Gemeinden von dem Land und seinen Erzeugnisse. Zwischen 1996 und 1997 wurden in Curbaradó und dem benachbarten Jiguamiando 4000 Menschen - etwa 70 % der ansässigen Bevölkerung - im Zuge groß angelegter Operationen von Militär und Paramilitärs gewaltsam vertrieben. Das Ziel der Offensive war nicht nur – wie vom Militär behauptet - die Bekämpfung der Guerilla der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), sondern vor allem auch die Bereitstellung des Landes für groß angelegte Wirtschaftsjekte. Was zurückblieb, war eine Spur der Verwüstung: Verschwundene, Ermordete, zerstörte Häuser und Tausende Vertriebene. Danach wurde das Land illegal von Palmöl- und Bananenunternehmen und Viehzüchtern besetzt.

In den folgenden Jahren begannen die Vertriebenen jedoch, auf ihr Land zurückzukehren. Sie gründeten humanitäre Zonen als Schutzmechanismus inmitten des andauernden bewaffneten Konfliktes und erreichten, dass ihr kollektives Landrecht von der kolumbianischen Re-



Ein Bauer in Curbaradó zeigt einer pbi-Freiwilligen Teile seiner Farm, die illegal besetzt werden

gierung anerkannt wurde. Das Gebiet des Curbaradó wurde von der Regierung Santos sogar als eines der Pilotprojekte der Landrückgabe ausgewählt, die Landrückgabe sollte dort in einem beschleunigten Verfahren erfolgen. Zudem verfügte das kolumbianische Verfassungsgericht wiederholt die unverzügliche Landrückgabe an die Gemeinden. Trotzdem sind weiterhin große Teile des Landes der Gemeinden von Großunternehmer_innen illegal besetzt und werden von riesigen Palmöl- und Bananenplantagen vereinnahmt. Andere sind durch die Folgen des agrarindustriellen Anbaus so zerstört, dass sie vorerst nicht mehr für die traditionelle Landwirtschaft nutzbar sind. Den Gemeindemitgliedern bleiben somit nur kleine Ländereien, auf denen sie versuchen, zu ihrer vorherigen Lebensweise zurückzukehren.

Die Rückkehr auf ihr Land und der Kampf um Gerechtigkeit sind jedoch mit vielen Gefahren verbunden. Die Gemeindemitglieder werden andauernd von Paramilitärs bedroht, die sich trotz hoher Militärpräsenz in der Region weitestgehend ungestört bewegen können. Neben unzähligen Morddrohungen, Verleumdungen und physischen Übergriffen

kam es in der Vergangenheit auch immer wieder zu Morden, vor allem dann, wenn die Gemeinden beim kolumbianischen Verfassungsgericht oder dem interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof Fortschritte erreichten.

Die Organisation CIJP wird seit 1994 von pbi begleitet

Allein in Curbaradó sind seit Anfang des Rückkehrprozesses mindestens fünf Sprecher_innen der Gemeinde ermordet worden. Zu den jüngsten Opfern zählen Manuel Ruíz und sein 15-jähriger Sohn Samir. Sie wurden in März 2012 mutmaßlich von Paramilitärs entführt, misshandelt und ermordet. Die Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Comisión Intercesarial de Justicia y Paz – CIJP) unterstützt die Gemeinde im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und insbesondere auch im Einsatz gegen die Straflosigkeit hochrangiger Angehöriger der Sicherheitskräfte, die für Vertreibungen und Morde mitverantwortlich sind. Infolgedessen sind auch die Menschenrechtsverteidiger_innen der CIJP zur Zielscheibe von Drohungen, An-

griffen und mehreren Verleumdungskampagnen geworden. Die Organisation wird seit 1994 von pbi begleitet.

Im Jahr 2014 wurden 55 Menschenrechts- verteidiger_innen ermordet

Leider ist die Situation der afrokolumbianischen Gemeinden im Curbaradó-Flussbecken kein Einzelfall, sondern geradezu symptomatisch für die Menschenrechtslage in Kolumbien. Schon seit 2012 finden in Havanna die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC statt. Beide Parteien haben betont, dass der Frieden nur aus den Regionen heraus und unter Einbeziehung von sozialen Organisationen und lokalen Gemeinden gebildet werden kann. Nichtsdestotrotz kümmert der kolumbianische Staat sich wenig um das Schicksal der Menschen vor Ort. Sie werden in der Regel weder respektiert noch geschützt. Überall dort, wo große wirtschaftliche Projekte vorangetrieben werden, ist die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger_innen mit großen persönlichen Gefahren verbunden. Dies ist zum Beispiel offensichtlich in den Kohleabbaugebieten im Nordwesten, im Hafen von Buenaventura oder in den Palmöl-, Bananen- und Zuckerrohranbaugebieten in weiten Teilen des Landes.

Allerdings hat die Strategie der Paramilitärs – die nach wie vor für die meisten Morde verantwortlich sind – sich geändert. Statt groß angelegter Vertreibungsoperationen und Massaker werden nun gezielt einzelne Personen bedroht und ermordet. Im Jahr 2014 wurden laut der Menschenrechtsorganisation „Somos Defensores“ 55 Menschenrechtsverteidiger_innen

ermordet. 31 dieser Morde wurden im Vorfeld mittels Drohungen angekündigt. Dazu kommt die hohe Straflosigkeit: Die meisten Morde werden nicht aufgeklärt und vielen Drohungen wird nicht einmal nachgegangen.

Trotz allem gibt es auch immer wieder Erfolge: Im Dezember 2014 wurden in einem als historisch anzusehenden Urteil eines Gerichts in Medellín 16 Palmölunternehmer_innen wegen gewaltsamer Vertreibung afrokolumbianischer Gemeinden, der Verbindungen zu den Paramilitärs und der illegalen Nutzung gestohlenen Landes zu sieben bzw. zehn Jahren Haft verurteilt. An der Situation vor Ort ändert das aber leider nichts: Die Gemeinden stellen fest, dass die Unternehmer_innen weiterhin ihr Land besetzen und sie bedrohen.

Auch Yomaira Mendoza und Enrique Cabezas, die mittlerweile zurück in Kolumbien sind, sind wieder Drohungen ausgesetzt und werden von pbi begleitet.

Die Dokumentation „Land of Corn“

pbi hat einen neuen Dokumentarfilm über die Problematik von Landrechten veröffentlicht. Der Film widmet sich dem Fall aus Curbaradó und zeigt drei weitere Umwelt- und Landrechtsverteidiger_innen aus Mexiko, Guatemala und Honduras, die sich für die Verteidigung der Landrechte im Zusammenhang mit privaten Großinvestitionen engagieren.

Weitere Informationen dazu finden Sie auf unserer Website unter www.pbi-deutschland.de

„Darum spende ich für pbi!“



„Ich spende für pbi, weil der Ansatz, Menschenrechtsaktivist_innen zu begleiten und so zu schützen und zu unterstützen, so einfach und dabei so wirkungsvoll ist. Und weil ich beeindruckt bin, von dem Mut und Engagement der Freiwilligen und dafür „Danke“ sagen möchte.“

Petra Raue



„pbi ist ein wichtiger Pfeiler in dem weltweiten Ringen um Frieden und Gerechtigkeit. Ich habe hohen Respekt vor dem Engagement der freiwilligen Mitarbeiter_innen. Mir ist es daher ein Bedürfnis, auch diese Organisation durch eine Spende zu unterstützen.“

Alexander Nikendei

Neue Internetplattform zum Verbrechen des Gewaltvollen Verschwindenlassens

► Am diesjährigen Internationalen Tag der Verschwundenen ging die neue Internetplattform „Gewaltloses Verschwindenlassen“ online. Diese neue Internetplattform richtet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, um dem weitverbreiteten Schweigen zu diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit etwas entgegenzusetzen. Auf der Website sind Hintergrundinformationen, spezielle Länderinformationen sowie Veranstaltungsankündigungen zu finden. Darüber hinaus sind Fotos und Links zu Videos und Hörfunkfeatures vorgesehen. Die Seite

soll das Thema weltweit abdecken, auch wenn im Augenblick der Fokus noch stark auf Lateinamerika liegt.

Initiatorin ist Dr. Christiane Schulz, Mitglied des ersten Vorstandes von pbi - Deutscher Zweig e.V.. Unter Mitwirkung einer Reihe von Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen wird die Seite nun erweitert.

Für mehr Informationen:
gewaltloses-verschwindenlassen.de

Veranstaltungstipp:
Am 4. Dezember um 19 Uhr findet in der Franziskuskirche in Hamburg-Barmbek ein Benefizkonzert zugunsten von pbi Deutschland statt.



Über pbi

► **peace brigades international (pbi)** ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide – Beschützte und Begleitende – durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

Wenn Sie mehr Informationen über pbi erhalten möchten, schicken Sie das ausgefüllte Formular an unsere Adresse, oder schreiben Sie eine E-Mail an: info@pbi-deutschland.de

Impressum

- **peace brigades international – Deutscher Zweig e.V.**
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3890437 – 0
- info@pbi-deutschland.de
- **Redaktion:** Alexander Weber, Yael Dilger, Katharina Ochsendorf, Magdalena Krakau, Holger Harms (V.i.S.d.P.)
- **Bilder:** pbi, Gabriele Goschke
- **Mit freundlicher Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes**

zfd

Kontaktformular

Ich möchte mehr Informationen und ...

- abonniere den halbjährlichen Rundbrief
- abonniere den Newsletter (Email)
- möchte Informationsmaterial zu: _____

Vorname; Name: _____

Adresse: _____

Email: _____

Telefon: _____

Ich unterstütze pbi und

- spende einmalig _____
- spende monatlich mit 10€ | 25€ | 50€ | _____
- Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto:

IBAN/Kto-Nr: _____

BIC/BLZ: _____

Name des Geldinstituts: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Spendenkonto:

GLS Bank

IBAN: DE14430609672020406000

BIC: GENODEM1GLS

Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar.

»pbi schützt die Mitarbeiter_innen der Migrant_innenherberge und somit auch die Menschenrechte der rund 6000 Migrant_innen, die jedes Jahr bei uns Zuflucht suchen.«



Juan José Villagómez Hernández

Mitarbeiter der Migrant_innenherberge Casa de Migrantes in Saltillo (Mexiko)

Juan José Villagómez Hernández setzt sich für Migrant_innen ein, die Mexiko auf ihrem Weg in die USA durchqueren. pbi begleitet ihn und die anderen Mitarbeiter_innen der Herberge zu ihrem Schutz.

www.pbi-deutschland.de

pbi
making space for peace